



Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | 11513 Berlin

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Geschäftsführung
Herrn Steffen Kanitz

per E-Mail: [REDACTED]

Umgang mit neuen Erkenntnissen im Standortauswahlverfahren

hier: - mein Schreiben vom 12.04.2022

- Ihr Schreiben vom 13.05.2022

Sehr geehrter Herr Kanitz,

in Ihrem Schreiben vom 13.05.2022 kündigen Sie mir bis zum 30.08.2022 die Übermittlung der betreffenden digitalen Flächen an, die Ihrer Ansicht nach zusätzlich der Standortsicherung unterliegen müssten.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit verbunden aktualisierte Karten veröffentlichen werden, die diese Gebiete mit beinhalten. Die Veröffentlichung muss den grundsätzlichen Anforderungen des StandAG an das Standortauswahlverfahren genügen. Dies bezieht sich auf den Aspekt der Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Veränderung der Gebiete. Dementsprechend müssen die gegenüber dem Zwischenbericht Teilgebiete zusätzlich identifizierten Gebiete ausgewiesen und die Gründe hierfür erläutert werden.

Außerdem deuten Sie in Ihrem Schreiben an, dass es zu weiteren Gebietsvergrößerungen gegenüber dem Zwischenbericht kommen kann. Hier bitte ich um Mitteilung, wie Sie im Hinblick auf den Grundsatz des lernenden Verfahrens mit zukünftigen Bearbeitungsfehlern in der Kommunikation nach außen mit Blick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung umgehen wollen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass ich eine belastbare Informationsgrundlage benötige, um eine sachgerechte Verfahrenslösung zum Umgang mit den hinzugekommenen Gebieten in der Standortsicherung zu finden und um die Standortsicherung fair, transparent und nachvollziehbar zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit Ihrer auf dem Forum Endlagersuche getätigten Ankündigung, bis zum Vorschlag für Standortregionen regelmäßig Zwischenergebnisse der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) veröffentlichen zu wollen, interessieren mich Ihre Überlegungen, welche Auswirkungen diese Veröffentlichungen auf die Akzeptanz der Standortsicherung, die partizipativen Anforderungen und die Glaubwürdigkeit des Verfahrens haben werden und wie Sie diesen begegnen wollen.

Datum

9. August 2022

Ihr Zeichen

SG01101/2-1/31-2022#6
vom 13.05.2022

Mein Zeichen

SV 4-BASE-24000/08#0003

Es schreibt Ihnen:

[REDACTED]
Abteilungsleiterin A

T: +49 30 184321 [REDACTED]

[REDACTED]@base.bund.de

So erreichen Sie uns:

Postadresse:

Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
11513 Berlin

Besucher-, Zustell-

und Lieferadresse:

Wegelystraße 8
10623 Berlin

Dienstszitz Salzgitter:

Willy-Brandt-Straße 5
38226 Salzgitter/Ihrer

T: +49 30 184321-0

info@base.bund.de

www.base.bund.de

BASE
ABTEILUNG AUFSICHT

Zwischenergebnisse können nur einen vorläufigen Charakter haben. Gemäß § 21 Abs. 3 StandAG werden deshalb auch Teilgebiete, die Sie im Rahmen der rvSU in Kategorie D oder C einordnen, weiterhin dem Einvernehmensverfahren unterliegen. Ihr angekündigtes Vorgehen stellt das Verfahren deshalb vor besondere kommunikative Herausforderungen.

Ich bitte Sie, mir Ihre Überlegungen schriftlich in Vorbereitung eines Fachgesprächs bis zum 31.10.2022 darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

